

dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 15/2020

RING FREI

Unter wirtschaftlich ungünstigen Vorzeichen hat die Tarifrunde für die Beschäftigten im Bund und den Kommunen begonnen – wegen Corona sind die Kassen leer. Aber deshalb verzichten? Sicher nicht. Während der Pandemie hat der ÖD viel geleistet, Extraschichten geschrubbt ohne zu murren. Diese Arbeit, durch die das Land am Laufen gehalten wurde, gilt es nun spürbar zu honorieren – ein warmer Händedruck wird da nicht reichen.

Erwacht die Politik nun endlich?



Große Anhörung zum Thema Gewalt im Landtag

Experten einig: Gewalt gegen Zivilgesellschaft hat erheblich zugenommen

Gewalt ist in der Gesellschaft angekommen. Knapp zweieinhalb Jahre nach dem Symposium des dbb Hessen, zwei Jahre nachdem die Fraktionen einen Pakt mit dem dbb Hessen geschlossen hatten und ein halbes Jahr nach Vorstellung der Studie „Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst“ nun auch in der hessischen Landespolitik. Nun hatten der Innen- und Hauptausschuss des Landtags ein breites Spektrum an Experten aus der Zivilgesellschaft zu einer Anhörung eingeladen, um sich einen Überblick zu verschaffen.

Neben dem dbb Landesvorsitzenden **Heini Schmitt** und der Kriminologin **Prof. Britta Bannenberg** von der Uni Gießen, die im Auftrag des dbb die Gewaltstudie erstellt hatte, hörte der Landtag weitere Wissenschaftler, Vertreter von Berufsverbänden und Gewerkschaften, Kommunen und kommunale Verbände und der Zivilgesellschaft: z.B. das Demokratiezentrum Hessen, die Bildungsstätte Anne Frank oder Amadeu Antonio Stiftung.

Einhelliges Urteil aller Experten: Die Gesellschaft ist in den letzten fünf, sechs Jahren wesentlich gewalttätiger geworden. Die gute Kinderstube scheint vielfach vergessen, es wird – im echten Leben und virtuell im Internet – gehetzt, beschimpft und mit Mord gedroht. Alles das scheint inzwischen ganz normal. Traurige Höhepunkte: Der Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke im Juni 2019 oder der rechtsextrem motivierte Mord an elf Menschen vor einem halben Jahr in Hanau.

Aber noch ein Punkt war auffällig. Fast alle Experten würden sich ein sehr viel konsequenteres Auftreten von Rechtsstaat und Justiz wünschen.

Als „exorbitant“ bezeichnete Prof. Britta Bannenberg die Gewaltzunahme. Erstaunlich, dass Gewaltakte nicht automatisch Konsequenzen nach sich ziehen. „Bei Lehrern ist die Anzeigenquote praktisch gleich Null“ und das obwohl die Hälfte der Gewaltopfer ihrem vorgesetzten Schulleiter oder dem Schulamt davon berichteten. Eine weitere Erkenntnis Bannenburgs: Die Justiz stellt nahezu alle Verfahren ein. Das sei natürlich ein sehr schlechtes Signal für die Betroffenen. „Eine ganz negative Entwicklung“, sagte Bannenberg.

Heini Schmitt skizzierte noch einmal das immer wieder angetroffene Portfolio an Gewaltvorkommnissen, mit dem – wie er unterstrich – inzwischen viele Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes sich konfrontiert sehen. Auch machte Schmitt deutlich, dass das Thema bereits seit Jahren ganz oben auf der Agenda des Beamtenbunds stehe. Eine mögliche Sofortmaßnahme, die zudem ohne Kosten umsetzbar wäre, stellte er auf Nachfrage des Abgeordneten Alexander Bauer (CDU) vor: Eine Verfügung wie in Sachsen, wonach alle Straftaten gegen Beschäftigte des ÖD zur Anklage gebracht und strafrechtlich verfolgt.

Bewegend waren die Worte von **Landrat a.D. Erich Pipa**. Nachdem er noch als aktiver Landrat zur Hochzeit der Flüchtlingskrise den Satz „das Boot ist noch nicht voll“ sagte, veränderte dies sein Leben. Zum Negativen. Es gab Bedrohungen, Beleidigungen und Morddrohungen. Er wurde von Unbekannten als „Kanackenlandrat“ diffamiert. „Ich habe jede Bedrohung zur Anzeige gebracht – doch es ist nichts passiert.“ Aus Fürsorge für die Familie verzichtete Pipa auf eine weitere Kandidatur. „Der Rechtsradikalismus hat sich in der Gesellschaft breit eingependelt“, schrieb er den Landespolitikern ins Stammbuch. „Und der Staat hat viel zu spät reagiert.“

Aufmunternden Applaus erhielt **Gregor Sommer**, Bürgermeister der Gemeinde Wehrheim, als er den Tränen nah, seinen Wortbeitrag beschloss. Als „Nazi-Bürgermeister“ sei er beschimpft worden, ein Unbekannter sei mit einer Waffe suchend um sein Haus gelaufen. Die Person sei im Ausland untergetaucht, erzählte Sommer. Sie könne jederzeit wiederkommen. „Will man da ein Amt noch ausüben?“ fragte er in das Rund des Plenarsaals. Doch es dürfe nicht sein, dass man wegen eines ganz kleinen Teils der Gesellschaft die Demokratie aufgeben. Er wünschte sich von der Politik die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Betroffenen und eine bessere Rückkopplung von Seiten der Polizei.

Den Blick auf aktuell überwiegend vom rechten politischen Lager ausgehenden Gewalt gegen die Zivilgesellschaft richtete unter anderem der Antisemitismusbeauftragte des Landes Hessen, **Uwe Becker**. „Im Internet findet jeden Tag Judenmord statt“, sagte er und sprach von einem gesellschaftlichen Klimawandel, der mindestens ebenso ernst zu nehmen sei, wie der echte Klimawandel. „Alle haben sich an viel zu viel gewöhnt“, konstatierte Becker. „Teil des Holocaust ist der Gebrauch von Sprache“, richtete er den Blick auf das Internet. Dort laufe das Strafrecht den Entwicklungen ständig hinterher. Noch immer nicht zweifelsfrei geklärt sei etwa, inwieweit antisemitische Postings als Volksverhetzung gesehen werden können, weil dieser Straftatbestand in seiner Definition als „Störung des öffentlichen Friedens“ beschrieben sei. Die Frage laute deshalb: Was ist Öffentlichkeit?

Trotz der sicher vorhandenen, besten Absichten, die zu der Anhörung geführt haben, bleibt aus Sicht des dbb Hessen ein gemischter Eindruck zurück. „Die Zusammensetzung der eingeladenen Anzuhörenden, die Reihenfolge der Aufrufe und die Zuordnung zu vermeintlich inhaltlich zusammengehörenden Gruppen waren mitunter schwer nachvollziehbar“, bilanziert Heini Schmitt. „Auch die stark variierenden Zeitfenster, die den Anzuhörenden zur Verfügung standen, haben uns irritiert.“

Mit Blick auf die Brisanz der Thematik bleibt sehr zu hoffen, dass der Anhörung weitere konkrete Taten folgen und nicht nur „mal drüber geredet“ worden ist. „Nachdem einige unserer Vorschläge aufgegriffen wurden, erwarten wir nun, dass an den großen Schrauben gedreht wird“, sagt Schmitt. Immerhin haben im August 2018 alle fünf damals im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen, also auch die heutigen Regierungsfractionen, einen Pakt mit dem dbb Hessen unterzeichnet.

Die ausführliche schriftliche Stellungnahme des dbb Hessen finden Sie hier:

https://www.dbb-hessen.de/fileadmin/user_upload/www_dbb-hessen_de/PDF/2020/Stellungn._dbb_Hessen_zur_Gewalt_gegen_die_Zivilgesellschaft_17.08.2020.pdf

Die schriftliche Stellungnahme von Prof. Britta Bannenberg findet sich hier:

https://www.dbb-hessen.de/fileadmin/user_upload/www_dbb-hessen_de/PDF/2020/Stellungnahme_Bannenberg.pdf

Landesleitung trifft Spitzenvertreter der Landtagsfraktionen von SPD, CDU und FDP

Der Corona-Etat der Landesregierung, von CDU und Grünen „Sondervermögen“ getauft stand natürlich auch auf der Tagesordnung des Besuchs bei der **FDP-Landtagsfraktion** in Wiesbaden, die die Landesleitung des dbb Hessen in der letzten Augustwoche unternahm.

Mit dem **Fraktionsvorsitzenden René Rock** und dem **innenpolitischen Sprecher Stefan Müller** sprachen Landesvorsitzender Heini Schmitt sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden **Birgit Kannegießer** und **Thomas Müller**. Schwerpunkt des Gesprächs war jedoch das Thema Digitalisierung und wie diese künftig sinnvoll und effizient in die Abläufe von Verwaltungen integriert werden könne. Weiteres Thema: die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation von Beamten. Auch das Dauerbrennerthema Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes wurde diskutiert.

Nach dem tragischen Tod von Finanzminister **Thomas Schäfer** im Frühjahr mussten personelle Veränderungen her. Das brachte der Abgeordneten **Ines Claus**, die erst zur laufenden Wahlperiode in den hessischen Landtag gewählt worden war, gewissermaßen über Nacht den Fraktionsvorsitz der **CDU** ein. Mit dem dbb Hessen hatte die Juristin bislang nur punktuell zu tun. Grund genug für die Landesleitung, einmal zu einem Kennenlerngespräch nach Wiesbaden zu reisen. Neben dem Vorsitzenden **Heini Schmitt**, waren auch noch **Birgit Kannegießer, Thomas Müller, Richard Thonius und Reinhold Petri** mitgekommen. Zu besprechen gab es beim Kennenlernen genug: Das Coronahilfspaket, von der Landesregierung „Sondervermögen“ getauft, oder die Themen Digitalisierung, 3. Dienstrechtsänderungsgesetz sowie die Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und Kommunalpolitiker.



Räumlich - Corona bedingt - etwas distanziert, dafür in vielen Punkten inhaltlich durchaus ganz nah – so könnte man das Treffen zwischen Vertretern der Landesleitung des dbb Hessen und Mitgliedern der **SPD Landtagsfraktion** um deren Vorsitzende **Nancy Faeser** zusammenfassen. Für den dbb waren Landesvorsitzender **Heini Schmitt, Birgit Kannegießer, Sonja Waldschmidt, Reinhold Petri** und **Richard Thonius** in die Landeshauptstadt gereist, um nach den monatelangen Kontaktbeschränkungen durch das Coronavirus das Gespräch im persönlichen Kontakt wieder aufzunehmen. Von der SPD nahmen **Günter Rudolph (Parlamentarischer Geschäftsführer), Oliver Ulloth** und **Lena Kreuzmann** an dem Gespräch teil, das in einer

sehr konstruktiven und angenehmen Atmosphäre stattfand. Themen des Gesprächs waren das Corona-Programm der Landesregierung ("Sondervermögen"), das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und kommunalen Dienst sowie das 3. Dienstrechtsänderungsgesetz.

Aktuelle Stellenausschreibung des dbb Hessen

Wir suchen zum Jahresbeginn 2021 eine/n Mitarbeiter/in in unserer Landesgeschäftsstelle in Frankfurt a. M. als Fachkraft für Bürokommunikation.

Der dbb Hessen ist der Dachverband von 39 Gewerkschaften und Verbänden des Öffentlichen Dienstes in Hessen.

In unserer Landesgeschäftsstelle wird die gesamte Kommunikation mit den einzelnen Gewerkschaften und Verbänden, den Ansprechpartnern aus Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Medien organisiert, gesteuert und

verwaltet.

Daneben wird unserem Justizariat zugearbeitet, unser Besucherverkehr abgewickelt und Tagungen und Veranstaltungen werden geplant und durchgeführt.

Ein ausführliches Tätigkeitsprofil kann beim dbb Hessen angefordert werden.

Was wir bieten:

Eine anspruchsvolle, interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit im Team mit einem umfassenden Einblick in die Strukturen des gesamten Öffentlichen Dienstes

Eigenverantwortliches Arbeiten in zugewiesenen Arbeitsfeldern

Zielgerichtete Qualifizierungsangebote

Eine Bezahlung analog des Tarifvertrags des Öffentlichen Dienstes (TV-H)

Eine Tätigkeit in Vollzeit, wobei eine Teilzeitregelung auf Wunsch möglich ist

Einen attraktiven, modern eingerichteten Arbeitsplatz in einer repräsentativen

Geschäftsstelle mit guter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und eigenen

Parkplätzen im Haus

Ein RMV-Jobticket.

Was Sie mitbringen sollen:

Eine abgeschlossene Berufsausbildung als Kauffrau/-mann für Büromanagement, Verwaltungsfachgestellte/r oder eine vergleichbare Ausbildung.

Wünschenswert ist eine mehrjährige Erfahrung in diesem Tätigkeitsfeld.

Ausgeprägte organisatorische und kommunikative Fähigkeiten

Teamfähigkeit

Diskretion, Verschwiegenheit

Seriöses Auftreten

Sicheres Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift

Grundkenntnisse der englischen Sprache in Wort und Schrift

Fundierte EDV-Kenntnisse (insbesondere Textverarbeitung, Tabellenkalkulation,

Präsentationen...)

Bereitschaft zur gelegentlichen Arbeit außerhalb der vereinbarten Regelarbeitszeiten

Bereitschaft zur Fortbildung

Gute Allgemeinbildung.

Die Stelle soll möglichst zum 1. Januar 2021 besetzt werden.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an:

dbb Hessen, Geschäftsführung, Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

oder an: landesschatzmeister@dbbhessen.de .

Bewerbungsschluss ist der 25. September 2020.

dbb Hessen trauert um Gisela Volk



Der dbb beamtenbund und tarifunion, Landesbund Hessen trauert um Gisela Volk, die am 25. August 2020 im Alter von 80 Jahren in Offenbach verstorben ist.

Gisela Volk trat 1958 in den Postdienst in Frankfurt a. M. ein. Ihre gewerkschaftliche Heimat fand sie alsbald im hessischen Landesverband des damaligen Deutschen Postverbandes (DPV).

Bereits 1962 wurde sie Mitglied im örtlichen Personalrat und hatte hier sowie später auch im Bezirkspersonalrat bis 1972 einen Sitz inne. Von 1962 bis 1973 war sie Mitglied der Landesjugendleitung des DPV- und der DBB-Jugend Hessen. Von 1965 bis 1976 war sie Landesjugendleiterin der DPV Jugend. Von 1965 bis 1978 war sie Mitglied der Bundesleitung der DPV Jugend. Seit 1976 gehörte sie dem DPV-Landesvorstand in Hessen an, seit 1988 war sie dessen stellvertretende Vorsitzende. Seit 1989 war sie Mitglied des Landesvorstandes des dbb Hessen. Hier engagierte sie sich in besonderem Maße für die Seniorinnen und Senioren im dbb Hessen.

1999 wurde sie zur Ehrevorsitzenden des DPV, Landesverband Hessen, gewählt. Für ihre Verdienste zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen wurde Gisela Volk bereits am 3. April 2002 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Beim Gewerkschaftstag des dbb Hessen 2009 in Friedberg, bei dem sie erneut in den Landesvorstand gewählt wurde, setzte sie sich sehr für die Gründung einer Seniorenvertretung beim dbb Hessen ein. Daraufhin wurde sie von den Seniorenvertretern der Mitgliedsgewerkschaften als Vorsitzende des Arbeitskreises für Senioren des dbb Hessen gewählt. Dieses Amt führte sie bis zum 2. Dezember 2014 mit großem Engagement aus.

Neben weiteren Ämtern war sie von 1982-1992 Beisitzerin in der Personalvertretungskammer des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M. Seit 1993 war sie auch Aufsichtsratsmitglied bei der Postbank. Gisela Volk engagierte sich über Jahrzehnte in eindrucksvoller Weise zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen und stellte dabei ihre eigenen Interessen stets hintan. Sie war eine streitbare, konstruktiv-kritische und stets absolut verlässliche Kollegin.

Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbb-hessen.de. Aktuelle Nachrichten via Twitter: <https://twitter.com/dbbhessen>



dbb
vorteilswelt



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah